

## **Zweiter Landesparteitag der WASG**

Am 07.08.05 in München

### **Bericht**

#### **Tagesordnung:**

1. *Eröffnung und Begrüßung*  
*durch Frank Rehberg KV München*
2. *Konstituierung*  
*Wahl des Präsidiums*  
*Bestätigung der Antragskommission*  
*Wahl der Wahl- und Mandatsprüfungskommission (falls nötig)*
3. *Politische Lage*  
*Referat Klaus Ernst*
4. *Bericht über die Situation in Bayern*  
*Referat Peter Höflinger*
5. *Wahlkampfkoordination in Bayern*  
*Referat Fritz Schmalzbauer*
6. *Diskussion/Beschlussfassung*
7. *Anträge und Verschiedenes*

#### **Zur Politischen Lage**

*Klaus Ernst*

*(Zusammenfassung – es gilt das gesprochene Wort)*

Sowohl WASG als auch die Linkspartei haben seit der Beschlussfassung zu ihrem angestrebten Zusammengehen und der Kandidatur von WASG Mitgliedern auf den Listen der Linkspartei einen verstärkten Mitgliederzulauf zu verzeichnen.

Damit unterscheiden sie sich erheblich von den anderen im Bundestag vertretenen Parteien. In der derzeitigen Situation bedeutet das, dass die WASG und die Linkspartei in der gesamten Bundesrepublik die drittstärkste Kraft bilden, im Osten sogar die stärkste.

Die Wahlumfragen tendieren im Saarland zu einem Ergebnis von 20 % in Bayern zu 6 %.

Die WASG hat inzwischen über 10.000 Mitglieder bundesweit. Die Bürger wollen also wieder entscheiden „ob gekürzt wird – und nicht nur wer kürzt“.

Zu den internen Problemen der WASG und der Listenaufstellung der Linkspartei:

Die Frage, ob eine Kandidatur der WASG-Mitglieder auf den Listen der Linkspartei richtig ist, hat auch eine Verunsicherung in der Mitgliedschaft der WASG hervorgerufen. Dazu stellt sich die Frage, ob es überhaupt eine Alternative gegeben hätte. Und dies muss wiederum mit Nein beantwortet werden. In der kurzen Zeit vor den Bundestagswahlen wäre es nicht möglich gewesen, einen vernünftigen Wahlkampf zu führen und damit hätte ein Scheitern an der 5 % Hürde gedroht – sowohl für die Linkspartei als auch für die WASG.

Wenn wir es also ernst nehmen, als Oppositionspartei aufzutreten, musste zuerst die Frage geklärt werden, **ob** – und dann erst **wie**. Insofern war es nicht möglich abzuklären, wie viel WASG Mitglieder auf der Liste der Linkspartei PDS Bayern kandidieren würden.

K. Ernst selbst sei verärgert, wie das bei dem Landesparteitag der PDS gelaufen sei, aber zuerst musste geklärt werden, dass die WASG eine Kandidatur überhaupt so will.

Hierzu muss auch von folgenden Voraussetzungen ausgegangen werden: Die WASG/Linkspartei hat inzwischen Umfragewerte mit 12-13 % erreicht. Die Bürgerinnen und Bürger haben also die Hoffnung, dass ein Einzug ins Parlament stattfindet. Ein gewisser Zugzwang ist natürlich auch durch die Erklärung Lafontaines über das gemeinsame Projekt entstanden. Bei Ablehnung gegenüber diesem Projekt, darf man nicht vergessen, dass seit dem Faschismus auch ein latenter Antikommunismus existiert. So sagt man prinzipiell: „mit denen will ich nicht“. Durch den Zusammenschluss hat die Linkspartei nun jedoch auch eine Riesenchance im Westen. Und selbst wenn „berechtigte Vorurteile“ bestehen, gibt es nun die Chance diese Vorurteile gemeinsam abzubauen.

Nicht zu vergessen hat die WASG auch im Westen durch diesen Zusammenschluss MitstreiterInnen verloren.

Der Zustand der Linkspartei im Westen sei auch kein besonders guter...

K. Ernst selbst wurde als Direktkandidat in Schweinfurt gewählt – bei drei anwesenden Mitgliedern der Linkspartei – einstimmig – also ein gutes Ergebnis!

Nicht alle in der Linkspartei hätten erkannt, dass die realen Kräfteverhältnisse so sind, dass die WASG-Leute auch ihre Politikfähigkeit im Westen bereits unter Beweis gestellt haben. Die Ergebnisse für Fritz Schmalzbauer (keine Nominierung auf Platz 4 der Landesliste) und andere Mitglieder der WASG haben gezeigt, dass nicht nur die Linkspartei sondern auch die WASG ein „Problem“ hat. So handelt es sich zwar um demokratische Entscheidungen, aber es sei schon auch der Eindruck entstanden, dass bei manchen die Vorstellung, man könne auf Grund der hohen Umfragewerte mal schnell ins Parlament „surfen“ ausschlaggebend war. Auch ist in Bayern die Androhung „wir gehen hinaus“ nicht unbedingt die Androhung einer Schlägerei, wie das einzelne so wahrgenommen hätten.

Diese Konflikte muss man jetzt auf jeden Fall beenden und einen gemeinsamen Wahlkampf führen. Dazu gehört auch das Anerkennen des gewählten Ergebnisses. Das Ziel ist: geschlossen in den Wahlkampf zu ziehen – gegen „radieschen-grün“ und schwarz-gelb. Ein Problem besteht jedoch darin, dass versucht werden wird die Landeslisten juristisch auszuhebeln und der Linkspartei und der WASG „illegale Absprachen“ nachzuweisen. Ernst selbst sei stolz darauf, dass so ein „juristisches Fertigmachen“ angesagt ist, denn dies zeige, dass den etablierten Parteien die Argumente ausgehen und die Linkspartei inzwischen in hohem Maß von den BürgerInnen akzeptiert wird. Bei der Vorstellung einer großen Koalition mit Westerwelle als Außenminister „haue es einem den Vogel n’aus“.

Trotzdem ist jetzt Aufpassen angesagt: also besser keine Flugblätter mit gemeinsamen Emblemen verwenden, um dem Vorwand der „illegalen Listenverbindung“ keine Basis zu bieten.

Auch bei der bevorstehenden Landtagswahl in BW und Rheinland-Pfalz wird es evtl. ein getrenntes Antreten der WASG und Linkspartei geben, um dieses juristische Argument der „illegalen Listenverbindung“ zu entkräften.

Zu der Diffamierungskampagne gegen Lafontaine und Gysi und dem Vorwurf der „Flucht“ aus der Politikverantwortung, sei zu sagen: Lafontaine war länger als andere aus der SPD in politischen Ämtern tätig. Er hat die SPD verlassen, als sie auf dem Höhepunkt war im Gegensatz zu Schröder, der nun wegläuft, wenn „der Karren im Dreck steckt“.

Zu dem Vorwurf des „Drängens“ an den rechten Rand: man muss sich auch überlegen, dass die Mitglieder der SPD und KPD, die 1933 die gleiche Politik gemacht haben wie jetzt WASG und Linkspartei, als erste im KZ gelandet sind.

Bei solchen Aussagen wie „Gewerkschaften sind eine Plage für dieses Land“ und „wer den Sumpf trocken legen will, braucht nicht die Frösche zu fragen“ handelt es sich um eine Diffamierungskampagne. Dadurch soll man sich nicht von dem Weg abbringen lassen, die drittstärkste Kraft zu werden.

Wir müssen dafür sorgen, dass nicht die Arbeitslosen bekämpft werden. Ein Investitionsprogramm ist dringend angesagt. Die BRD hat im Vergleich zu den umliegenden Ländern die niedrigste Investitionsrate. Die Gewerkschaften müssen gestärkt werden. Dies ist die Voraussetzung für höhere Löhne und nur solche stärken die Nachfrage.

Bei dem CSU-Plakat „sozial ist was Arbeit schafft“ denkt Klaus Ernst eher an den Sklavenhalterstaat im alten Rom, der unter solchen Gesichtspunkten dann wohl auch ein „Sozialstaat“ gewesen sei. Erinnert sei hier an Stoibers Arbeitszeitverlängerungspolitik in Bayern, die Tausende von Arbeitsplätzen kostet und nicht schafft.

Wenn welche den Kündigungsschutz lockern wollen um damit für „mehr Beschäftigung“ zu sorgen, sei dies ein absoluter Witz. Ebenso die Behauptung, dass die Löhne nicht mehr steigen dürfen, damit die Arbeitsplätze sicher seien.

Hier gilt die einzige Maßnahme „wenn man merkt, dass das Medikament nicht wirkt, muss man den Arzt wechseln“.

Mit der Umverteilung von unten nach oben muss endlich Schluss sein. Ebenso mit der Überstunden-Politik.

Während der rot-grünen Regierung wurden Steuergeschenke an die Unternehmen gemacht, mit denen diese gar nicht gerechnet hatten. So zum Beispiel wurde der Verkauf von Unternehmen nicht besteuert. Ein Rückgängigmachen solcher Steuerpolitik ist kein Sozialismus.

Außerdem stellt sich die Frage, warum die rot-grüne Regierung den Spitzensteuersatz erst gesenkt hat, wenn die Grünen ihn jetzt wieder um 3 % anheben wollen.

Hartz IV muss weg – nicht nur verbessert werden. Ein Prinzip der WASG sagt eindeutig: wenn ein Arbeitnehmer unschuldig arbeitslos wird und dann nach einem Jahr sein gesamtes Vermögen offen legen und einsetzen muss, ist das eine Enteignung, welche das Grundgesetz verbietet.

Nur aus Angst vor Arbeitslosigkeit akzeptieren die Beschäftigten inzwischen Arbeitszeiten und Lohnsenkungen (Wegfall Urlaubsgeld, Kürzung Weihnachtsgeld etc.). Dies schafft ein Klima in diesem Land, in dem ein Volk von Duckmäusern herangezogen wird.

Wir wollen: den Ausbau des Kündigungsschutzes. Die FDP ist ein „Club von Asozialen“, die mit der Losung hausieren gehen „wer den Sozialstaat braucht, soll ihn auch bezahlen“.

Wir sind für eine Bürgerversicherung und eine Mindestrente von 800 €. Es geht nicht an, dass die BürgerInnen sich nur selber versorgen sollen.

Die Linkspartei will keine Billigjobs sondern vernünftige Arbeitsverhältnisse und eine ausreichende Beitragsbemessungsrente.

Über das Bildungssystem wurden von K. Ernst ausdrücklich keine Ausführungen gemacht, um die Redezeit nicht überzustrapazieren.

Bundeswehreinätze im Ausland lehnte K. Ernst ausdrücklich ab und sagte „nein zu dieser Form von Rüstungsexporten“. Die Terrorbekämpfung kann nicht durch Beteiligung an

solchen Missionen wie in Afghanistan passieren. Eine deutsche Beteiligung daran ist abzulehnen.

Diskutieren kann man allenfalls über Blauhelmeinsätze der UNO.

Zur Ausländerfeindlichkeit: gleiche Lebensbedingungen, gleiche Rechte, gleiche Würde für alle. Im Grundgesetz steht „die Würde des Menschen ist unantastbar“ – ohne Frage nach dem Pass.

Wenn hier Kriminelle Arbeitslose anwerben und diese in Containern auf Baustellen leben müssen, gilt es, alle ArbeitnehmerInnen zu schützen – gleich welcher Nationalität.

Für Anti-Terror-Maßnahmen sind keine neuen Gesetze notwendig – man wird die Freiheit der BürgerInnen nicht dadurch schützen, dass man diese selbst abschafft.

Wir brauchen keine neue „Leitkultur“ – aber alle müssen sich an die Gesetze halten.

Die Zwangsverheiratung junger Frauen ist schon ein Problem, wenn man gleichzeitig für eine Frauenquote eintritt.

Wenn der frühere Präsident der Bundesanstalt für Arbeit Gerster sagt: „Abfindungen muss man abschaffen, weil sie keine Motivation für die Arbeitssuche sind“, dann muss man daran denken, dass er selbst eine entsprechend hohe Abfindung erhalten hat.

Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte ist Teil des Programms der WASG. Die WASG tritt in erster Linie dafür ein, die Würde des Menschen in den Vordergrund zu stellen – vor den wirtschaftlichen Interessen.

*In der anschließenden Diskussion wurden etliche Fragen gestellt und Statements abgegeben. Unter anderem wurde auf die Problematik von Bundeswehr-Beteiligung im Rahmen von Blauhelmeinsätzen unter dem Aspekt der Mehrheitsverhältnisse im UN-Sicherheitsrat hingewiesen.*

*An die Adresse der Gewerkschaften wurde der Vorschlag gerichtet, doch zunächst einmal selbst Arbeitsplätze zu schaffen.*

*Es wurde auch die Frage aufgeworfen, wie ein getrenntes Auftreten der WASG und Linkspartei bei den Landtagswahlen ausschauen soll, wenn gleichzeitig ein Vereinigungsprozess stattfindet. Und wie man dann verhindern soll, dass WASG-Mitglieder zur Linkspartei abwandern.*

*Von Eva Bulling-Schröter (Sprecherin der Linkspartei PDS Bayern)) wurden gleichfalls nochmals die Auseinandersetzungen beim der Listenaufstellung der Linkspartei PDS Bayern angesprochen und versichert, dass eigentlich geplant war 40 Listenplätze aufzustellen, was zu einer größeren Berücksichtigung von WASG-Mitgliedern hätte führen können. Aus zeitlichen Gründen sei dies jedoch nicht möglich gewesen. Sie werbe dafür um Verständnis.*

*Wichtig sei es, nun einen gemeinsamen Wahlkampf zu machen. Man dürfe nicht vergessen, dass ein Wählerpotential von 10 %, die Diskussion über Sozialabbau und Alternativen hierzu erstmals richtig möglich macht.*

*Zur thematisierten „Zwangsverheiratung“ von muslimischen Frauen, wurde darauf hingewiesen, dass das Problem eher darin liege, dass die Kriminalisierung der Muslime dazu dienen soll, diese „Sicherheits-Politik“ durchzusetzen.*

*Ein wichtiger Beitrag vom Präsidium (Dagmar Henn) wies auf die politische Bedeutung hin, die die Nicht-Zulassung der Landeslisten habe. Diese juristische Begründung mit „illegaler Listenverbindung“ sei als ein weiterer Angriff auf die Demokratie zusehen. Sie bedeutet, dass*

*die etablierten Parteien bereit sind, den letzten Anschein von Demokratie zu kippen, nur weil ihre Mehrheiten nicht mehr gesichert sind.*

*Vor allem für die Arbeitsloseninitiativen ist die Akzeptierung der 1 € Jobs ein Hauptproblem. Das Programm der Linkspartei wurde in dieser Hinsicht als „reformistisch“ bezeichnet und kritisiert, es bleibe hier hinter dem Programm der WASG zurück.*

### **Klaus Ernst nahm zu diesen Punkten anschließend nochmals Stellung:**

Zu dem Vereinigungsprozess der WASG mit der Linkspartei wird es Gespräche zu einem gemeinsamen Programm und einem gemeinsamen Namen geben. Ab Dezember dieses Jahres sind Regionalkonferenzen angestrebt.

In einem Parteitag der WASG wird mit Urabstimmung entschieden. Danach soll es einen gemeinsamen Gründungsparteitag geben.

Zu den Landtagswahlen wäre es auch möglich, dass Mitglieder der Linkspartei auf Listen der WASG kandidieren.

Dieses gemeinsame starke Projekt im Westen zu verankern, wird nicht die Linkspartei leisten – diese hat das in den letzten 15 Jahren nämlich nicht geschafft. Die WASG ist zu einem ernst zu nehmenden politischen Faktor geworden.

Zur Außenpolitik: das Europa-Modell bedeutet nicht: schrankenlose Grenzen für den Kapitalverkehr – sondern soziale Standards für alle.

Zur UNO: die UNO ist nicht gleichbedeutend mit den USA. Wer so denkt verfällt dem Schubladendenken. Es gibt natürlich verbesserungsfähige Strukturen. Der Grundsatz lautet: keine Auslandseinsätze der Bundeswehr. Allerdings könne man bei Vorfällen wie in Srebrenica (Ex-Jugoslawien) gegen Einsätze der NATO nichts einwenden, wenn man dadurch das „Umbringen“ verhindere.

### **Anmerkung der Verfasserin:**

***Es besteht hier wohl ein ganz gewaltiger Aufklärungsbedarf: Srebrenica war eine der Haupt- vorgeschobenen Kriegslügen um den NATO-Angriff auf Jugoslawien zu legitimieren. Es ist unbestritten zu Ermordungen seitens der Serben gekommen. Jedoch konnte nach den neueren Erkenntnissen auf keinen Fall ein Massengenozid festgestellt werden, der eine NATO-Bombardierung der serbischen Zivilbevölkerung rechtfertigt. Um solche Ansichten auch innerhalb der Linkspartei und WASG zu revidieren ist eine dringende Aufgabe der Friedensbewegung sich in diesen zu engagieren.***

Weiter Klaus Ernst:

Um Arbeitsplätze zu schaffen ist eine dringende Aufgabe, die Gewerkschaften zu stärken und die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zu erheben.

Auch „Belegschaftsaktien“ verhindern nicht, dass die „Bude“ geschlossen wird und bieten keine Lösung der Probleme.

Perspektiven: Es ist damit zu rechnen, dass eine neue Regierung massiv weitere Angriffe auf Rentner und Arbeitslose machen wird. Diese Regierungspolitik wird auch die Fraktion der Linkspartei nicht aufhalten. Es wäre illusorisch zu glauben, dass 50-60 Leute im Parlament dies aufhalten können.

Deshalb wird dafür plädiert, dass WASG und Linkspartei-Mitglieder auch weiterhin in ihren außerparlamentarischen Bewegungen aktiv bleiben und Kontakt halten. Es geht auch darum, den sozialen Bewegungen in diesem Land, Mut zu machen, dass sie sich wehren und dieses „Raumschiff“ (Bundestagsfraktion) als Sprachrohr benutzen.

Die Verzahnung mit den Gewerkschaften wird daher für wichtig erachtet. Er selbst wird deshalb auch seinen Posten als IG-Metall-Bevollmächtigter nicht aufgeben.

Es ist wichtig, dass ausgehend von dieser Wahl, über Alternativen und über linke Politik diskutiert wird.

Sogar in Österreich finden inzwischen mehr Streiks statt als in der BRD und nur der Vatikan hat weniger Streikende.

Das linke Projekt ist eine Chance für viele BürgerInnen in diesem Land.

## **Bericht über die Situation in Bayern**

*Peter Höflinger*

*(Kurzfassung)*

Höflinger ging nochmals auf die Listenaufstellung in der Linkspartei in Zusammenhang mit dem vorangegangenen Tableau-Aufstellung der WASG ein und behandelte die daran anschließenden Diskussionen ausführlich.

Zu dem eigentlichen Thema Situation der WASG in Bayern fiel ihm außer Schlagworten wie „Einheit – Wahlkampf – Nach vorne Schauen – Klarheit“ nicht viel ein.

Zu den Strukturen der WASG in Bayern wurde nur mitgeteilt, dass der Zulauf in Bayern enorm ist: inzwischen sind es wohl über 1000 Mitglieder und „Albert Lochner gründet einen Kreisverband nach dem anderen“.

Nach der Wahl will man den Delegiertenschlüssel anpassen um auch neue Mitglieder einzubinden.

*Zwangsläufig drehte sich nach dieser (mageren) Einschätzung die Auseinandersetzung mit dem Thema wiederum um das „Personal-Tableau“ und die Auseinandersetzung mit der Linkspartei.*

*Deshalb wird auf die genauere Darstellung verzichtet und gleich mit der „message“ Albert Lochners geendet, die heißt:*

*„Nicht nachtarocken – sondern: wir machen Wahlkampf – gemeinsam!“*

## **Wahlkampfkoordination in Bayern**

*Referat Fritz Schmalzbauer*

Schmalzbauer plädierte mit vielen markigen Sprüchen für „gute Nerven, die man für alles braucht“.

Zur Lage in Bayern konnte er wenigstens noch ein paar Zahlen beisteuern: Inzwischen sind in 43 Wahlkreisen Direktkandidaten aufgestellt.

Ziel ist rüberzubringen: es gibt wieder eine wählbare Alternative

Wen wollen wir erreichen: In manchen Wahlkreisen Bayerns gäbe es bis zu 50 %

Nichtwähler

*Weiter Zitat Schmalzbauer:*

Auf den Demonstrationen im letzten Jahr (u.a. in Stuttgart) konnten wir feststellen, dass mindestens 500.000 Menschen mobilisierbar sind.

Die Frage, ob es notwendig ist, eine neue politische Kraft zu installieren, wird als „neue Stufe der Eskalation“ bezeichnet. Die Antwort darauf lautet: ja. Auch notwendig für die SPD, die „einige rausgeschmissen hat“. Mit jeder Woche werden wir um 1 % stärker. Wenn Mitbestimmungsrechte etc. weiter destabilisiert werden, gibt es einen Kampf ums Überleben. Dadurch entsteht ein dramatischer Hintergrund.

Die Analyse des Wahlkreises München-Nord (Direktkandidat Schmalzbauer) ergibt eine Nichtwählerquote von 43 % – basierend auf Hartz IV.

Frage: Gelingt es uns diese zu mobilisieren?

Zur Wahlwerbung:

Die Plakate sollen nicht den Eindruck erwecken: Gysi+Lafontaine+ der Rest der Welt. Es soll auch nicht „der Politiker, der immer in der gleichen Pose grinst“ dargestellt werden. Wir sind nicht der Laden, der von der Industrie gesponsert wird.

Der Wahlkampf läuft bereits. Er besteht nicht nur aus Plakatserien. Sinn macht nur ein Wahlkampf, in dem jeder seine eigenen Überlegungen einbringen kann.

Es wird keinen Wahlkampf geben, der auf Direktkandidaten zugeschnitten ist (das Zweitstimmenergebnis ist entscheidender). Wenn es Kandidaten gibt, werden natürlich auch „Köpfe“ gezeigt.

Das Highlight: Am 02.09. werden Gysi, Lafontaine und Ramelow (Bundeswahlkampfleiter Linkspartei) in München sein.

Am 15.09. gibt es ein Abschlussfest in München im „Schloss“ (Tollwood). Nach dem Motto: Wir können schon vorher feiern; denn nach Maget (SPD) ist in Bayern alles was über 1 % hinausgeht, eine Revolution – also ist es egal ob wir 7/8/9 % erreichen.

In die Zukunft gesprochen: nicht nur Appelle: zur Einheit gehört Klarheit und Wahrheit; es schadet schon, wenn Leute einzeln beschädigt werden – es schadet nicht, wenn man diskutiert.

### **Sonstige Vorschläge und Infos:**

„endlich links“ – Kampagne:

Es gibt für eine Postkarten-Aktion sechs verschiedenen Postkarten mit Bildern, die neugierig machen sollen auf der einen Seite und inhaltlichen Aussagen auf der anderen.

Kosten: 30.000 Stück für 1.100 € (5.000 pro Motiv)

Zum download geplant bei der Homepage der WASG unter „search and find“

Es gibt eine Online-Zeitung:

die Links-Zeitung (unabhängig – aber WASG und Linkspartei nahe stehend)

[www.linkszeitung.de](http://www.linkszeitung.de)

Chefredakteur: Werner Jordan (München)

Es gibt einen Wahlkampfverantwortlichen:

Koordination: Frank Firsching

Er koordiniert ein Rednerpult (man kann dort Redner anfordern)

Ideen sollen im Internet bei WASG gesammelt werden. Dort kann man seine Flyer hineinstellen.

Empfohlen wurde: Verwendung von Kürzel **Die Linke. wählen**

In Flyern etc.

*Berichterstattung: Elli Frana-Feininger, 08.08.2005*